

Zeitungsausschnitt

<input type="radio"/>	WAZ/WR	Westdeutsche Allg. Zeitung/Westfälische Rundschau		
<input type="radio"/>	RN	Ruhrnachrichten	<input checked="" type="radio"/>	örtlich <u>W</u>
<input checked="" type="radio"/>	WZ	Westdeutsche Zeitung	<input type="radio"/>	Gesamtausgabe
<input type="radio"/>	_____	_____		vom <u>01.04.92</u>

2 von 19 Freiwilligen Feuerwehren geschlossen

Ratsbeschuß betrifft Wehren in Barmen und Elberfeld

Von unserem Redaktionsmitglied
Ulla Dahmen-Oberbossel

Die Freiwillige Feuerwehr Barmen (Am Brögel) wird zum 30. Juni 1993 geschlossen, die Freiwilligen aus Elberfeld (Steinbeck) müssen bis zum Ende dieses Jahres räumen.

Die Einheiten Kohlstraße und Walbrecken laufen aus, wenn größere Investitionen notwendig werden. Der Standort der Freiwilligen Feuerwehr Ehrenberg wird verlegt und mit Langerfeld zusammengefaßt.

Diese Beschlüsse faßte jetzt der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und FDP (bei einer Enthaltung) nach langer, teils polemischer Debatte.

Unversöhnlich standen sich nach vielen Diskussionen SPD und FDP mit ihrem gleichlautenden, nun auch beschlosse-

nen Antrag sowie CDU und Grüne in seltener Koalition gegenüber. Sprecher aller Fraktionen erkannten zwar die Bedeutung der Arbeit der Freiwilligen Wehren sowie ihr ehrenamtliches Engagement an. Wie Ulrich Zolldan (SPD) betonte, mußte aber gerade nach dem Bau der 40 Millionen Mark teuren neuen Hauptfeuerwache ein Nachdenken über Neuorganisation der Freiwilligen erlaubt sein.

Der Streit im Rat aber entzündete sich auch wieder am Verfahren. Mit dem Beschluß zur Schließung der zwei (von 19) Wehren und dem Auslaufen zweier anderer beauftragten SPD und FDP nämlich gleichzeitig die Verwaltung, „unverzüglich“ einen überarbeiteten Brandschutzbedarfsplan vorzulegen. Erst schließen, dann überprüfen? Dieses Pferd sei

am Schwanz aufgezümt, werteten CDU und Grüne die Vorgehensweise. Bemängelt wurde von ihnen auch, daß bisher klare Einsparungen durch diese Maßnahmen nicht beziffert wurden, daß aber auch die Kosten der Schließung selbst von der Verwaltung nicht genannt werden konnten.

Es sei nicht das Ziel gewesen, etwas einzusparen, sondern vielmehr für die Sicherung der weiteren Arbeit der Freiwilligen finanziellen Freiraum zu schaffen, so Zolldan. Die FDP, von der Partei vor wenigen Tagen, noch zum Umdenken aufgefordert, stellte sich bis auf eine Enthaltung dem „schmerzlichen Beschluß“. Die CDU vermutete anschließend, dies sei nur der Beginn „einer langen und unseiligen Schließungsdebatte“ gewesen.